

Nr. 5.5.2.07

Schreiben Emil Karl Joseph Wiehl an Benthe-Fink (04.08.1931)

Brief

Bearbeitet von: Roman Köster

Fundort: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Berlin, PAAA R 105263

Formalia:

Maschinenschriftliches Briefdokument

Regest:

Der Vortragende Legationsrat im Auswärtigen Amt, Emil Wiehl, gibt in diesem Schreiben einen Einblick in die außen- und finanzpolitische Lage im August 1931 - direkt nach dem Hoover-Moratorium, der Bankenkrise und der Einführung der Devisenbewirtschaftung im Deutschen Reich. Die Pläne einer Zollunion mit Österreich, die seit dem März des Jahres zu intensiven Auseinandersetzungen geführt hatten, scheinen aus seiner Sicht mehr oder weniger vom Tisch zu sein. Insbesondere wird hier deutlich, wie eng verzahnt außen- und finanzpolitische Fragen auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise gewesen sind.

Lieber Benthe-Fink,

Vielen Dank für Ihre beiden Briefe vom 23. und 31. Juli. Ihre Mitteilung über den österreichischen Kreditantrag beim Völkerbund war uns sehr interessant.¹ Zwar hatte die österreichische Regierung unsere Gesandtschaft regelmäßig unterrichtet und diese auch darüber hierher berichtet, aber die Berichte waren im Geschäftsgang bisher noch nicht zu unserer Kenntnis hier bei Abteilung W² gekommen. Wir waren zunächst einigermaßen beunruhigt und ließen die Österreicher wissen, daß es uns wünschenswert erschiene, wenn die Österreicher sich vor weiteren Schritten in dieser Angelegenheit mit uns ins Benehmen setzen würden, was zugesagt wurde. Zur Vorgeschichte haben wir erfahren, daß tatsächlich Österreichs Schritt auf englisches Drängen erfolgt ist, weil die Engländer offenbar bei ihrer gegenwärtigen Finanzlage den Kredit von 150 Millionen Schilling, mit dem sie Österreich anlässlich des Zusammenbruchs der Creditanstalt beigesprungen sind, möglichst bald konsolidieren möchten. Der Kredit läuft zurzeit noch ganz kurzfristig. Er wird nur von Woche zu Woche verlängert. Außer der Konsolidierung dieses 150 Millionen Schilling-Kredites betrifft der österreichische Antrag an den Völkerbund die 2. Tranche der Investitionsanleihe von 1930³, über die bereits früher im Kontrollkomitee beraten sein soll. Die Österreicher halten deshalb den Antrag für harmlos. Sollten die Franzosen dennoch politische Bedingungen stellen, so würde Österreich ohne weiteres auf den Anleiheantrag verzichten können. Dies ist der Sachstand,^[2] wie er sich aus den Besprechungen in London, hier und in Wien ergibt, die, wie ich im übrigen nicht zu betonen brauche, hier streng vertraulich behandelt werden.⁴

1 Am 23.05.1931 erklärte sich die größte österreichische Bank, die Creditanstalt für Handel und Gewerbe nach einer internen Revision für zahlungsunfähig. Danach musste sich die österreichische Regierung erneut um Kredite beim Völkerbund bemühen, der bereits 1922 die Stabilisierung der Österreichischen Krone ermöglicht hatte. *Kernbauer, Währungspolitik*, 300–311 ; *Marcus, Austrian Reconstruction*.

2 Abteilung Wirtschaftliche Fragen im Auswärtigen Amt.

3 Bezug ist hier das "Allgemeine Haager Abkommen" vom 30.01.1930, in dem Österreich einerseits von Restverpflichtungen aus den Friedensverträgen entlastet wurde und zugleich die 2. Tranche der bereits 1928 mit dem Völkerbund ausgehandelten Investitionsanleihe bewilligt bekam. *Kernbauer, Währungspolitik*, 220 f.

4 Die Creditanstalt musste durch eine internationale Anleihe gerettet werden. Dadurch wurden alte Fragen wieder aufgeworfen.

Daß Sie über die allgemeine Orientierung unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik dort kein klares Bild gewinnen können, wundert mich nicht. Ich glaube, die meisten haben auch hier über diese Fragen noch keine klare Vorstellung. Heute ist die Verordnung des Reichspräsidenten über die Devisenbewirtschaftung vom 1. August in Kraft getreten, deren Inhalt Sie wohl aus der Presse kennen. Sie wird in Verbindung mit den Richtlinien, die gestern an die Landesfinanzämter über ihre Handhabung erlassen worden sind, (und die zurzeit noch streng geheim sind), im wesentlichen zur Folge haben, daß Devisen nur für die Einfuhr von lebenswichtigen Rohstoffen, Lebensmitteln und solchen Halbfabrikaten zur Verfügung gestellt werden, die wir für unsere Industrie brauchen. Dagegen können für alle entbehrliche Einfuhr vorerst keine Devisen zugeteilt werden. Welche Auswirkung dies für unsere Gesamtaußenhandelspolitik haben, welche Gegenmaßnahmen das Ausland unter Umständen treffen wird, welche Schädigungen unsere Industrie und unser Handel erleiden werden und inwieweit die Maßnahme angesichts aller dieser zu erwartenden Wirkungen aufrechterhalten werden kann, bleibt abzuwarten. Von dem Rundtelegramm, das gestern zur Regelung der Sprache hinausgegangen ist, lege ich einen Abdruck hier bei.⁵

Bei dem englischen Ministerbesuch hier ist ebenso wie bei den Besprechungen in Paris und London nichts Konkretes herausgekommen. Man hat zwar auch über Wirtschaftsfragen gesprochen, aber lediglich sich gegenseitig zugesichert, [3] zusammenzuarbeiten und sich über alles auf dem Laufenden zu halten. Viel mehr wird auch wohl bei dem bevorstehenden Besuch in Rom nicht erreicht werden. Über die bevorstehenden Genfer Komiteetagungen haben wir uns noch keine Gedanken machen können.⁶ Was wir damals mit Kempner für das Kredit-Komitee besprochen haben, ist durch die seitherige Entwicklung ja völlig überholt. Auch ich kann mir zurzeit von der Tagung dieses Komitees irgendwelche Ergebnisse nicht versprechen. Für das Koordinations-Komitee bereiten wir einen Antrag wegen der Zustimmung zu unseren Präferenzabmachungen in den Handelsverträgen mit Rumänien und Ungarn vor. Mit den Russen haben wir deswegen die Besprechungen schon aufgenommen. Auch wollen wir die Russen dieser Tage fragen, wie sie sich die Weiterbehandlung ihres Vorschlags eines wirtschaftlichen Nichtangriffspaktes denken. Es würde uns interessieren, was Sie dort über die Ansichten oder Absichten anderer Staaten zu diesem Punkt etwa gehört haben.

Im allgemeinen wird man wohl auch bezüglich der kommenden Genfer Tagungen nur äußerst skeptisch sein können, solange die Franzosen ihre Mitwirkung auf allen Gebieten von politischen Bedingungen abhängig machen. Und wir haben gegenwärtig, da wir von allen Seiten zu hören bekommen, wir müssen uns zunächst selbst helfen, für internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht viel Stimmung. Trotzdem werden wir natürlich, wie bisher, mitarbeiten, und außerdem: die Lage ändert sich ja zurzeit fast täglich, wer weiß, wie sie in drei Wochen aussieht.

Mit besten Grüßen

stets Ihr

gez. Wiehl

5 Am 15.07.1931 trat in Deutschland die Devisenbewirtschaftung in Kraft. Diese beschränkte den freien Kapitalverkehr mit dem Ausland und bewirkte, dass Handelsgeschäfte genehmigungspflichtig wurden. Genauso wie ausländische Zahlungsmittel nicht mehr einfach aus Deutschland abgezogen werden konnten, mussten im Export erwirtschaftete Devisen bei der Reichsbank abgeliefert werden. Mittelfristig wurde eine Devisenzwangsbewirtschaftung etabliert, bei der Ausländer über ihre im Handel mit Deutschland erwirtschafteten Erträge nicht mehr frei verfügen konnten, sondern diese auf sog. Sperrmarktkonten eingezahlt wurden, mit denen ausschließlich Waren innerhalb Deutschlands (mit Abschlag) bezogen werden konnten. Diese einschneidende Maßnahme wurde ab August 1931 durch die sog. Stillhalteabkommen flankiert. *Wegerhoff, Stillhalteabkommen*.

6 Gemeint dürften hier die Völkerbundsratstagungen und Beiverhandlungen im September 1931 sein. Vgl. Protokoll Ministerbesprechung (27.08.1931). BA Berlin-Lichterfelde R 43 I/1451.